

## **Gros: WWU wird sich günstig auf Beschäftigung auswirken**

Utl.: Stabilität der Finanzmärkte fördert Investitionen -  
Wegfall der Wechselkosten erspart ein Prozent des BNP der EU =

Wien (PWK) - Zu einem positiven Saldo kommt Daniel Gros, stellvertretender Direktor des unabhängigen "Centre for European Studies" bei der Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Als wichtigste Frage bezeichnete Gros bei einem Vortrag in der Wirtschaftskammer Österreich, wie sich die WWU auf die Beschäftigung auswirken werde. Untersuchungen seines Institutes hätten ergeben, daß ein klarer statistischer Zusammenhang zwischen Wechselkursvariabilität und Beschäftigung bestehe. Bei Kursunsicherheiten steige die Arbeitslosigkeit, die Investitionen sinken. Dies würde sich vor allem in Deutschland deutlich zeigen. \*\*\*\*

"Die WWU wird die Beschäftigungsprobleme zwar nicht lösen können, sie wird aber durch die Ausschaltung der Wechselkursschwankungen innerhalb der EU zu ihrer Verringerung beitragen", ist Gros überzeugt.

Die Einsparungen, die durch den Wegfall der Wechselkosten in der gesamten EU erzielt werden können, beziffert Gros mit rund 800 Mrd. Schilling pro Jahr - das ist rund ein Prozent des Bruttonationalproduktes der gesamten EU.

Gros glaubt nicht, daß die WWU zu einem großen "asymmetrischen Schock" in der EU führen wird, da die Mitgliedsländer zum Großteil in andere EU-Länder exportieren und von einander unterschiedliche Exportstrukturen aufweisen. Nachteile bei einer Produktgruppe können bei anderen Positionen wieder aufgefangen werden. Innerhalb der Gemeinschaft würde sich das wieder ausgleichen. Große Schocks seien auch bisher kaum durch Wechselkursumstellungen verursacht worden, sondern meist durch den plötzlichen Verlust von wichtigen Märkten.

Wechselkursänderungen können unter Umständen einem isolierten Land nützen, für die Gemeinschaft brächten sie jedoch keine Vorteile, so Gros. Wichtig für das Funktionieren der Währungsunion sei die fiskalpolitische Angleichung, eine politische Union sei nicht unbedingt erforderlich.

(Schluß) RL

Rückfragehinweis: Mag. Brigitte Bednar

WKÖ, IH-Abteilung

Tel:50105/

Dokument4/WÖ/1997-04-07 14:41

\*\*\*\*\*ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS\*\*\*\*\*

OTS0162 1997-04-07/15:42

071542 Apr 97

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19970407\\_OTS0162](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19970407_OTS0162)